

Geschönte Zahlen bei Beschaffungen unter der Hand

Letztes Jahr vergab die Bundesverwaltung Aufträge von über 1,2 Milliarden Franken, ohne sie im Wettbewerb auszuschreiben. Das ist mehr als doppelt so viel, als bislang bekannt war.

Christian Brönnimann
Bern

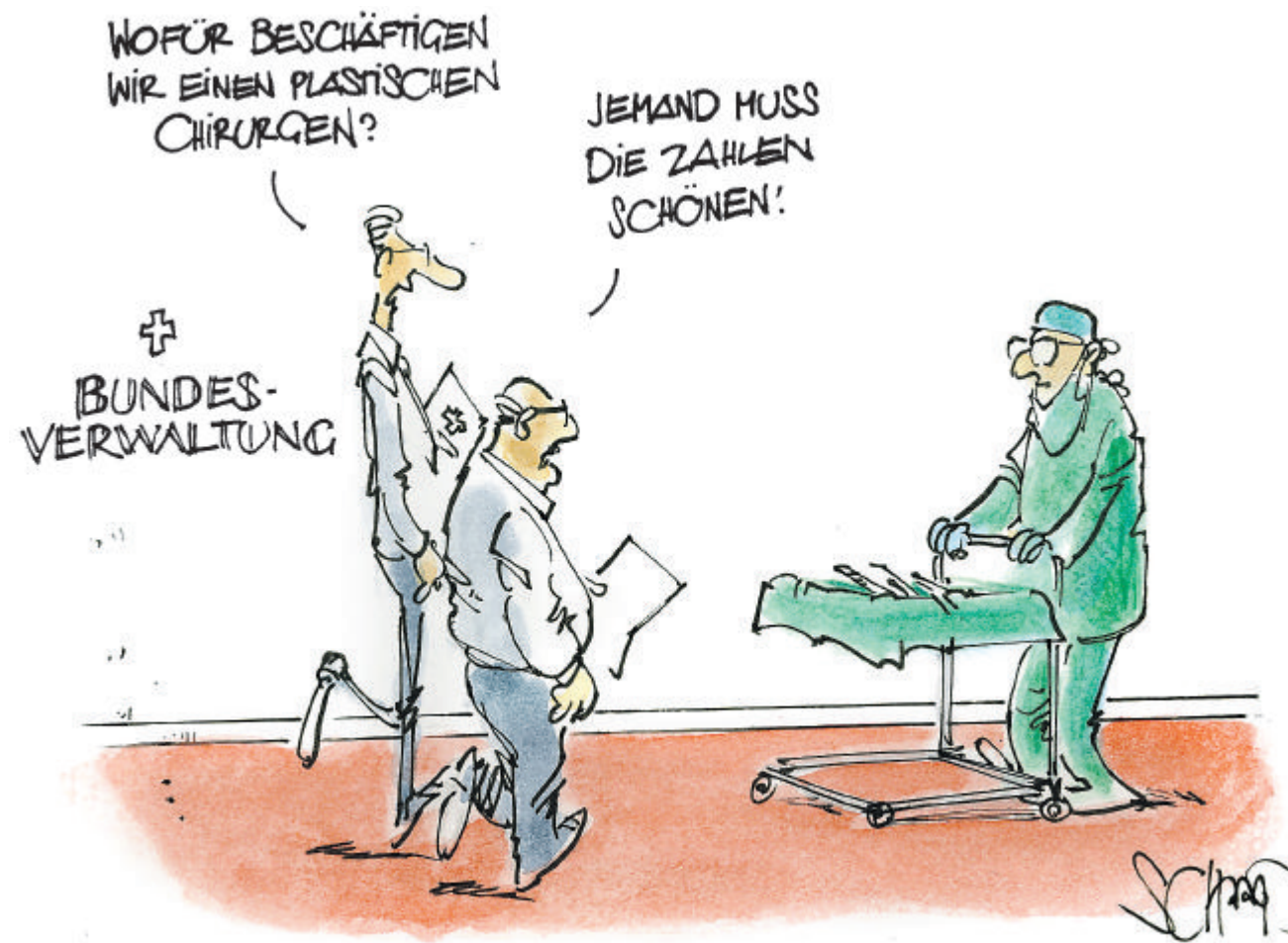
Seit drei Jahren bemüht sich der «Tages-Anzeiger» um Transparenz im Beschaffungswesen der Bundesverwaltung. Insbesondere bei den freihändigen Vergaben, also den Aufträgen, die ohne Ausschreibung direkt an Lieferanten gehen, gibt es Informationslücken. Nun zeigt sich, dass etliche Zahlen und Angaben, welche die Bundesverwaltung auf diverse Anfragen zum Thema herausgegeben hat, falsch waren. Die Verwaltung wies die Summe der freihändigen Vergaben zu tief aus.

Das offenbart der neuste Bericht zum Beschaffungscontrolling, den der Bundesrat letzte Woche zur Kenntnis genommen hat. Auf den ersten Blick ist darin eine deutliche Steigerung des Umfangs der freihändigen Vergaben ausgewiesen, nämlich von rund 532 Millionen im Jahr 2013 auf 1,17 Milliarden im Jahr 2014. Dies, nachdem der Wert bereits im Vorjahr deutlich gestiegen war.

Doch der zweite Blick zeigt, dass die Steigerung wohl nicht auf eine effektive Veränderung der Summe der freihändigen Vergaben zurückzuführen ist. Sondern auf deren vollständigere Erfassung. Denn die Steigerung entfällt primär auf einige spezifische Beschaffungskategorien. So schnellten die Werte in den Kategorien, die das Verteidigungsdepartement VBS und das Infrastrukturdepartement Uvek betreffen, in die Höhe. In der Kategorie «IT- und Telekommunikationsmittel der Armee» von wenigen Millionen Franken auf 123 Millionen, in der Kategorie «Rüstungsgüter, Waffen, Schutz- und Verteidigungseinrichtungen» von 0 auf 152 Millionen Franken, in der Kategorie «Kraftfahrzeuge» von 17 auf 134 Millionen Franken und in der Kategorie «Bauten Nationalstrassen» von 0 auf 71 Millionen Franken.

«Wir bedauern ...»

Eine Nachfrage beim Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) bestätigt die Vermutung: Die Steigerung erkläre sich in erster Linie durch den «erstmaligen Ausweis der freihändigen Vergaben im Rüstungsbereich in der Gesamtsumme des VBS (plus 408,6 Millionen) und für Ingenieur- und Bauleistungen im Nationalstrassenbereich in der Gesamtsumme des Uvek (plus 71,2 Millionen)», schreibt ein Sprecher. Das heisst, dass in allen vorangegangenen Jahren diese beiden Bereiche ausgeklammert waren – und die effektiven Werte die publik gemachten deutlich überstiegen.



Die effektiven Werte überstiegen die publik gemachten deutlich – wegen «Unsicherheiten» bei der Interpretation.

Als Grund gibt der BBL-Sprecher «unterschiedliche Interpretationen» der Vorgaben zur Erfassung der freihändigen Vergaben in den einzelnen Departementen an. Der Auftrag für die Erhebung der freihändigen Vergaben habe ursprünglich auf die Vergabe von Expertenaufträgen fokussiert und sei später auf die Erfassung aller freihändigen Vergaben erweitert worden. «Im Übergang dieser Geltungsbereiche führte die Interpretation des Auftrages zu Unsicherheiten», schreibt der Sprecher.

Bloss: Über diesen Umstand wurde der TA bei früheren Anfragen nicht informiert. «Wir bedauern, bei der Beantwortung Ihrer Fragen auf den erwähnten Sachverhalt nicht speziell hingewie-

sen zu haben», schreibt der BBL-Sprecher nun. Der Vorwurf, die Öffentlichkeit wissentlich unvollständig informiert zu haben, treffe aber keinesfalls zu. Auch VBS und Uvek wollen davon nichts wissen. Von einer Täuschung könne keine Rede sein, schreibt ein Sprecher der VBS-Beschaffungsstelle. Das VBS habe «stets der Fragestellung entsprechend transparent Auskunft gegeben». Damit ist aber die verwaltungsinterne Fragestellung gemeint. Und nicht diejenige des TA.

20 statt 2 Prozent

Pro Jahr bezahlt der Bund rund 5,5 Milliarden Franken für externe Güter und Dienstleistungen. 2014 machten die freihändigen Vergaben im Umfang von 1,17 Milliarden also rund 20 Prozent dieser Summe aus. Die Finanzdelegation (FinDel), die parlamentarische Oberaufsicht über den Bundeshaushalt, forderte bereits mehrmals, der Anteil müsse sinken statt steigen. Vor drei Jahren nannte der damalige FinDel-Präsident Urs Schwaller einen Zielwert von 2 Prozent.

Heute sprechen sowohl Schwaller wie der aktuelle FinDel-Präsident Pirmin Schwander von einer «unbefriedigenden Situation». Die Entwicklung laufe entgegen den Forderungen, weshalb zu prüfen sei, ob es zusätzliche Instrumente brauche, sagt Schwaller. Das werde an der nächsten FinDel-Sitzung besprochen. Und dass die Verwaltung unvollständig erhobene Zahlen veröffentlicht habe, ohne das zu kennzeichnen, «geht natürlich gar nicht».

Freihändige Vergaben sind nicht per se ein Problem. In Ausnahmefällen sind sie erlaubt und haben den Vorteil, dass Beschaffungen effizienter und schneller abgewickelt werden können. Jedoch schalten sie den Wettbewerb aus und bergen ein Missbrauchsrisiko, wie verschiedene Fälle gezeigt haben (z. B. Seco-Korruptionsaffäre und Insieme). Problematisch ist, dass sie oft nicht auf dem Beschaffungsportal Simap.ch publik gemacht werden und damit Konkurrenz und Öffentlichkeit nichts darüber erfahren. 2014 wurden lediglich 30 Prozent der Freihänder bekannt gemacht.

Kleider, die niemand will

Flüchtlinge in Osteuropa und anderswo benötigen dringend Kleider. Ein TA-Leser rannte mit seiner Spende trotzdem überall an.

Martin Wilhelm

Rund 70 Kilogramm Kleider wollte ein TA-Leser für Flüchtlinge spenden. Hosen, Pullover, T-Shirts, Hemden, alles «fast oder ganz neu». «Doch niemand will die Kleider», sagt der Mann aus Graubünden, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Zwei Tage habe er nach einem Abnehmer gesucht: Flüchtlingshilfe, Rotes Kreuz, Caritas, das Transitcenter für Flüchtlinge in Laax – überall habe man die Hände verworfen. Vielen Spendewilligen erging es in den letzten Wochen wie dem Leser. «Wir werden zurzeit sehr oft gefragt, wo man Kleider abgeben könne», sagt Stefan Frey von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, dem Dachverband sechs grosser Hilfswerke. Seine Antwort: «Wir raten jeweils, sich lokal bei Durchgangszentren oder anderen Organisationen zu erkundigen, wo Bedarf besteht.»

Viele Hilfswerke sammeln in der Schweiz überhaupt keine Sachspenden, um sie in Krisengebiete zu senden. Sie sammeln vielmehr Geld, mit dem ihre Partner vor Ort das Nötige beschaffen können. Das Schweizerische Rote Kreuz unterstützt zum Beispiel das Serbische Rote Kreuz, das mit dem Geld warme Kleider und Schlafsäcke für Flüchtlinge kauft. Ähnlich sieht es bei Heks und Caritas aus.

Keine Logistik vorhanden

Als Grund für den Verzicht auf den Versand von Kleidern in Krisengebiete führen die Organisationen die Transportkosten sowie die fehlende Logistik zur Sortierung und Verteilung der Kleider an. «Der Aufwand wäre nicht zu bewältigen», sagt Beat Wagner vom Roten Kreuz. Dominique Schärer von der Caritas nennt als weiteren Grund die Unterstützung der lokalen Wirtschaft als positiven Nebeneffekt des Einkaufs vor Ort.

Die Hilfswerke sammeln in der Schweiz zwar teilweise Kleider. Die Caritas beispielsweise betreibt eine Kleiderzentrale in Emmen. Von dort geht ein Teil der gesammelten Kleider an Flüchtlinge, aber nur an solche in der

Schweiz. Der Rest wird unter anderem über Secondhandläden oder über die Winterhilfe verteilt. Ebenso sammeln kantonale Sektionen des Roten Kreuzes Kleider für Flüchtlinge in der Schweiz, so das Rote Kreuz des Kantons Basel-Stadt. Keine Materialspenden nimmt zurzeit hingegen die Zürcher Sektion an: Die Lagerkapazitäten seien ausgeschöpft, heisst es dort.

Keine Lösung bieten auch die Kleidersammlungen von Texaid, der von Hilfswerken gegründeten Organisation, die heute als kommerzielles Unternehmen für die Wiederverwertung der Kleider sorgt, indem sie diese verkauft – auch in Afrika. Laut einer Sprecherin gehen von Texaid aber keine Kleider an Flüchtlinge. Der logistische Aufwand wäre zu gross.

Private Initiativen

Wer seine Kleider Flüchtlingen im Ausland zukommen lassen möchte, wird einzig bei kleineren Organisationen und privaten Initiativen fündig. Bedarf an Kleidern hat das Hilfswerk Remar in Schwerzenbach ZH. Es versorgt Flüchtlinge an zwei Standorten in Kroatien und einem in Serbien mit Suppen und warmem Tee, aber auch mit Lebensmitteln und Kleidern. «Wir können noch

sehr viele Kleider, aber auch Lebensmittel brauchen», sagt Remar-Chef Paulo Oliveira. Der Flüchtlingsstrom halte an. Täglich kämen zwei- bis fünftausend neue Flüchtlinge an, erschöpft, mit wenig Gepäck und dreckigen Kleidern.

Doch wie kann Remar bewerkstelligen, was für die anderen Hilfswerke zu aufwendig ist? Die Sortierung der Hilfsgüter besorgen Freiwillige, für das Verteilnetzwerk vor Ort ist gesorgt. Was bleibt, ist der Transport. «Pro Sattelschlepper kostet dieser rund 2000 Franken plus Gebühren», sagt Oliveira. Im Vergleich zur Beschaffung vor Ort falle der Versand von Hilfsmaterial aus der Schweiz deshalb sicher nicht teurer aus. «Ich glaube nicht, dass man für 2000 Franken vor Ort 10 bis 15 Tonnen Material kaufen kann», sagt Oliveira.

Eigene Transporte organisiert auch das kleine Hilfswerk Syriaid, und zwar nach Syrien. Zurzeit nimmt es aber kein Material mehr an. «Die Spenden haben ein solches Ausmass angenommen, dass wir stoppen mussten», sagt Manu Friederich von Syriaid. Während vor einigen Monaten noch ein paar Anfragen pro Tag eingegangen seien, erhalte die Organisation inzwischen etwa fünfzig Mails pro Tag von Spendewilligen.

Frappé fédéral

Von Philipp Loser

Utopien und feuchte Augen

Es gibt Vorlagen, da kann man als Parlamentarier gar nicht anders, als ein bisschen lustig zu sein. So beim Geschäft 10.426. Insider erinnern sich: Bei der «Aufhebung der zolltariflichen Begünstigung der Importe von gewürztem Fleisch» hatte FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz mit seinem «Bbbbbbündnerfleisch» einst seinen grössten Auftritt (der zweite hatte etwas mit Zahnverlust und dem Bankgeheimnis zu tun). Item: Diese Woche war die Vorlage erneut im Rat, und Jean-François Rime (SVP) nutzte die Gunst der lustigen Vorlage, um den Unterschied zwischen Deutschschweizern und Romands zu erläutern. Erstere seien kulinarisch eher beschränkt unterwegs, während Romands wüssten, was Genuss bedeute. Das sehe er jeweils, wenn nach einer Fraktions-sitzung zur Grillade geladen werde. Da gebe es feine Koteletts – und eher halb feine St. Galler Bratwürste. «Und was passiert: Wir Romands essen alle Koteletts, während sich die Deutschschweizer auf die Bratwürste stürzen!»

Apropos SVP, apropos Verpflegung. Diese Woche wurden die Parlamentarier im Café des Bundeshauses von Gehörlosen bedient. Während die einen vor der Sandwich-Theke wild herumfuchtelten und unter Einsatz sämtlicher Hände und Füsse einen Orangensaft bestellen wollten, besann sich SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz auf global verständliche Zeichen. Er zog nach genossenem Kaffee eine Hunderternote aus dem Portemonnaie und winkte damit Richtung Bedienung. Esperanto à la SVP.

Man hat in diesen heiligen Hallen ja schon öfters vor dem Untergang des Abendlands und, noch schlimmer, der Schweiz gewarnt. Oft schon stand das «Erfolgsmodell Schweiz» unter Druck und knapp vor dem Aus. So schlimm wie diese Woche bei der Behandlung der Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen war es allerdings noch nie. Daniel Stolz (FDP, BS) redete von einer «entsicherten Handgranate», die unser System in Stücke zu reissen drohe. Peter Keller (SVP, NW) von Faulpelzen, die Gleiches vorhätten. Und für Sebastian Frehner (SVP, BS) war das Anliegen schlicht ein Symbol unserer degenerierten Wohlstandsgeneration. Harter Stoff für eine Initiative, von der alle wussten, dass sie nicht den Hauch einer Chance hat. Einer aber genoss die Debatte. Der zurücktretende Andreas Gross (SP, ZH), für dessen Ideen das Bundeshaus schon immer etwas zu klein war, hob an zu einem letzten Votum. Thomas Paine, Thomas Morus, Milton Friedman – ein kleiner grosser Streifzug durch die Geschichte der Utopien. Frei formuliert kam Gross ins Plaudern und Ratspräsident Stéphane Rossini ins Schwitzen. Er möge nun bitte aufhören – wenn alle in ihrem letzten Votum die Regeln derart missachten würden, das funktioniere einfach nicht. Da könnte ja jeder kommen!

Apropos letzte Auftritte. Und wie die Tränen flossen, gestern, am allerletzten Tag der Legislatur. Spätestens als ein Chor sich in den Nationalratssaal geschlichen hatte und drei herzzerreissende Volkslieder intonierte, wurden die Augen feucht. Nur Stéphane Rossini blieb seiner Mission treu: Ruhe im Saal, um jeden Preis. Beim Chor drückte er ein Auge zu, bei den Verabschiedungen ging es einermassen, aber spätestens bei den Schlussabstimmungen war der Pegel so hoch wie immer. Wir wagen eine Prognose: Das Thema Lärm im Nationalratssaal dürfte uns auch in der nächsten Legislatur beschäftigen...